

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 104. Sitzung

Sozialausschuss

16. WP - 60. Sitzung

Bildungsausschuss

16. WP - 59. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Oktober 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Claus Ehlers (CDU)	i. V. von Hans-Jörn Arp
Klaus Klinckhamer (CDU)	i. V. von Tobias Koch
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Holger Astrup
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)	Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Wolfgang Baasch (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. von Dr. Heiner Garg
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Angelika Birk

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Sylvia Eisenberg (CDU)	Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Susanne Herold (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Hans Müller (SPD)	

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Angelika Birk

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Torsten Geerds (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2150 (überwiesen am 10. September 2008)	
Einzelpläne 07 und 03	
Fragen der Fraktionen	Antworten der Landesregierung
CDU, Umdruck 16/3468	Umdruck 16/3463
SPD, Umdruck 16/3434	Umdruck 16/3464
FDP, Umdruck 16/3438	Umdrucke 16/3459 und 16/3491
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/3433	Umdrucke 16/3462 und 16/3490
SSW, Umdruck 16/3443	Umdruck 16/3461

Abg. Neugebauer, Vorsitzender des Finanzausschusses, übernimmt den Vorsitz, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

(überwiesen am 10. September 2008)

Einzelpläne 07 und 03	
Fragen der Fraktionen	Antworten der Landesregierung
CDU, Umdruck 16/3468	Umdruck 16/3463
SPD, Umdruck 16/3434	Umdruck 16/3464
FDP, Umdruck 16/3438	Umdrucke 16/3459 und 16/3491
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/3433	Umdrucke 16/3462 und 16/3490
SSW, Umdruck 16/3443	Umdruck 16/3461

Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung und Frauen
hierzu: Umdrucke 16/3465 und 16/3509

M Erdsiek-Rave führt in Einzelplan 07 ein. Die Kosten für das Lehrpersonal beliefen sich 2009 auf 1,1 Milliarden € und 2010 auf 1,113 Milliarden €. Im Jahr 2009 würden 675 neue Lehrerstellen bereitgestellt, 150 davon zum 1. Februar 2009 und 525 zum 1. September 2009. 2010 kämen noch einmal 255 neue Lehrerstellen hinzu. Insgesamt schaffe man 930 zusätzli-

che Lehrerstellen im Doppelhaushalt 2009/2010. Ungefähr die Hälfte davon werde gebraucht, um die Zusage der Rückzahlung der Vorgriffsstunde einzulösen.

Für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder seien die Bundesinvestitionen veranschlagt und die entsprechenden Landesinvestitionen ab 2011 in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt worden. Die Betriebskosten für die Betreuungsplätze seien noch in Einzelplan 11 veranschlagt. Mit einem Betrag von 1 Million € jährlich wolle man 80 regionale Zentren fördern, die den Ausbau der Kindertagespflege begleiten, die Qualifizierung vorantreiben und sich auch als Anlaufstelle für Familien weiterentwickeln sollten. Die Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres koste 2009 14,6 Millionen € und im Haushaltsjahr 2010 35 Millionen €. Die Mittel für Ganztags- und Betreuungsangebote würden infolge der Errichtung von Gemeinschafts- und Regionalschulen ebenso aufgestockt wie die Ansätze für die schulische Qualitätssicherung. Die Mittel für die Sprachförderung blieben erhalten.

Die Mittel für die deutschen Privatschulen stiegen 2009 um 3,3 Millionen € und 2010 um 2,7 Millionen € aufgrund steigender Schülerzahlen und der Förderung dreier neuer Privatschulen. Die Zuschüsse für die dänischen Schulen stiegen 2009 um 3,7 Millionen € und 2010 um weitere 1,4 Millionen €. Die Mittel für den laufenden Betrieb der RBZ habe man in einem eigenen Titel zusammengefasst.

Abg. Eisenberg hinterfragt die Haushaltsansätze für die Qualitätsagentur vor dem Hintergrund, dass für EVIT und VERA extra Haushaltsmittel an anderer Stelle vorgesehen seien.
- M Erdsiek-Rave sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Auf Fragen von Abg. Harms erwidert die Ministerin, die Landesregierung habe zur Berechnung der Kosten für die Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres, die im Wege der Nachschiebeliste konkretisiert würden, die Höhe der durchschnittlichen Elternbeiträge zugrunde gelegt (120 € monatlich). Über eine etwaige Dynamisierung werde man mit den Kommunen in den folgenden Jahren verhandeln. Etwa 93 % der Kinder besuchten eine Kita im dritten Kindergartenjahr. Den Girls' day werde man 2009 nach dem Wegfall der Bundesförderung ohne entsprechende Haushaltsmittel organisieren müssen.

Abg. Dr. Klug problematisiert die vom Bildungsministerium zugrunde gelegte Höhe des pauschalen Satzes von 120 € monatlich, Abg. Heinold die von der Landesregierung angenommene Höhe der Versorgungsquote von maximal 94 %, die bei einer kostenfreien Kita doch 100 % erreichen dürfte beziehungsweise sollte.

Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet M Erdsiek-Rave dahin, Vertretungs- und Aushilfskräfte der Sprachheilförderung würden dann eingesetzt, wenn Lehrkräfte aus dem Förderzentrum ambulant in der Kita oder der Eingangsphase der Grundschule arbeiteten.

(Unterbrechung von 10:40 bis 10:55 Uhr)

Einzelplan**03****Kultur**

hierzu: Umdruck 16/3504

St Maurus führt in die Kapitel 03 03 bis 03 10 - Kultur - ein. Der Kulturhaushalt sei auf Sicherheit und Konsolidierung bedacht, weise im Vergleich zu anderen Bereichen erhebliche unterproportionale Kürzungen auf und bleibe im Großen und Ganzen stabil. Insgesamt ermögliche und befördere der Kulturhaushalt das kulturelle Leben und sichere die kulturelle Infrastruktur. Das Land investiere in kulturelle Institutionen. Damit wolle man die historisch bedeutende Substanz im Land sichern und auf dieser Grundlage den Kulturtourismus in Schleswig-Holstein weiter stärken.

Man setze - auch mithilfe des Wirtschaftsministeriums - mit der Initiative Kinder- und Jugendkultur und dem Kulturtourismus neue Schwerpunkte. Es werde das Instrument der Ziel- und Leistungsvereinbarungen intensiviert, um für Verlässlichkeit und Perspektive trotz und gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage zu sorgen.

Bewegungen im Kulturhaushalt 2009/2010 gebe es in Kapitel 03 06, Kulturförderung. Das Landeskulturzentrum Salzac werde etwas geringer bezuschusst und leiste somit einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Ebenso sei eine Kürzung der Landeszuwendungen an die Kulturstiftung des Landes von 9.100 € (Soll 2008) auf null vorgesehen.

St Maurus führt weiterhin aus, dass die Arbeit der Kulturdachverbände unverzichtbar sei, um die kulturelle Infrastruktur zu erhalten. Durch mehrfache Kürzungen in der Vergangenheit seien insbesondere beim Landesmusikrat, beim BBK und bei der LAG Soziokultur Härten entstanden, die kulturell wichtige Projekte infrage stellten, wie die Landesschau des BBK, Probenphase des Landesjugendorchesters auf Salzac und anderes. Im Haushaltsentwurf 2009/2010 seien daher keine Kürzungen bei diesen Verbänden vorgesehen.

Der Ansatz für das Schleswig-Holstein Musik Festival bleibe auf dem verabredeten Niveau von 1,7 Millionen €, nicht benötigte Rücklagen fließen in den Landeshaushalt zurück. Eine Absicherung für nicht vorhersehbare Risiken sei ebenfalls verabredet. In den letzten drei Jahren habe man keine Rücklagenentnahmen benötigt, da das SHMF die Eigenwirtschaftlichkeit erhöht habe. Seit geraumer Zeit sei es gelungen, die Partner der Länderschwerpunkte mit in die Finanzierung einzubinden, sodass Unterstützungen in Höhe von 300.000 € aus Russland und 250.000 € aus Ungarn gewährt worden seien. Unterstützung sei ebenfalls aus den Nieder-

landen gekommen. Mit der Bundesrepublik Deutschland tue man sich für das nächste Jahr etwas schwer, aber auch dort sei signalisiert worden, dass das Festival mit 79.000 € unterstützt werde.

Im Projektbereich sollten die Ansätze leicht angehoben werden, man brauche bewegliche Fördermöglichkeiten für nachweisbar wichtige Kunst im Land. Künstlerische Produktion sei ein wichtiges kreatives Potenzial mit öffentlicher Signalwirkung für die Region.

Die kulturellen Leuchttürme, wie die Stiftung Landesmuseen, das Freilichtmuseum und die Kulturstadt Lübeck, sollten gestärkt werden. Dafür sei der Ansatz erhöht worden, und es sei das erste Mal in diesem Jahr gelungen, den Bund in Lübeck verstärkt in die Verantwortung zu nehmen.

Der im Regierungsprogramm genannte Schwerpunkt Initiative für Kinder- und Jugendkultur solle gestärkt werden. Dieser Mehransatz sei erforderlich geworden, da einer der Sponsoren für die MuseumsCard nach drei Jahren entfallen sei.

Ein weiterer Schwerpunkt der Landesregierung liege in der Bewahrung und Sicherung des kulturellen Erbes. Hierfür habe man im Doppelhaushalt 2009/2010 ein „Investitionsprogramm Kulturelles Erbe“ mit angemeldet.

Die Fusion der Filmförderung mit Hamburg habe sich bewährt. Man habe hier mit Hamburg einen sehr starken Partner, der aus Haushaltsmitteln erhebliche Beträge in die Förderung der Filmwirtschaft investiere. Die Aktivitäten der Filmwirtschaft in Schleswig-Holstein würden überproportional berücksichtigt.

Für die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern gebe es neue Richtlinien. Zukünftig sollten in den Sparten bildende Kunst und Literatur vornehmlich junge Künstlerinnen und Künstler gefördert werden. Ziel sei es, ihnen den Einstieg in die professionelle künstlerische Tätigkeit zu erleichtern. Die Staatskanzlei stelle erstmals Mittel für Arbeits- und Reisestipendien zur Verfügung und fördere Ausstellungsvorhaben, um noch mehr junge Künstler aus Schleswig-Holstein zu fördern. Die drei Künstlerhäuser, die von den Kommunen oder Kunstvereinen getragen würden, werde man weiterhin unterstützen, was Grundlage der Ziel- und Leistungsvereinbarungen dort sei.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Entwicklung der Eutiner Sommerfestspiele antwortet St Maurus, die Risikorücklage habe man freigegeben, ein Betrag von 50.000 € als jährliche Zuwendung sei eingestellt worden, weitere Belastungen kämen auf das Land nicht zu. Die

weitere finanzielle Unterstützung sei abhängig von einem tragfähigen Konzept, das bis zum Herbst vorgelegt werden solle. - Finanz- und Bildungsausschuss erwarten, zeitnah über die Neukonzeption und Überlegungen der Landesregierung informiert zu werden.

Abg. Spoorendonk kritisiert, dass die Landesregierung die Zuschüsse an den Fælleslandboforening streicht (Umdruck 16/3504).

St Maurus führt aus, der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit liege bei der Beratungsarbeit und nicht bei kulturellen Aktivitäten. Probleme habe die Staatskanzlei mit den vorgelegten Verwendungsnachweisen, aus denen die Zweckbestimmung für die Kulturarbeit nicht eindeutig hervorgehe. Die Abteilungsleitung Kultur habe mehrfach Gespräche mit dem Verein geführt. Die Förderung der dänischen Kulturarbeit sollte an einer Stelle im Haushalt konzentriert werden.

Abg. Herdejürgen geht davon aus, dass der Verein Mitgliedsbeiträge einnehme und seine Tätigkeiten und Kosten in einem Haushalts- und Wirtschaftsplan dokumentiere.

Abg. Dr. Klug fragt nach der Tätigkeit und finanziellen Situation der Kulturstiftung und möchte wissen, welche Mittel für welche Projekte in den Jahren 2007 und 2008 eingesetzt worden und welche weiteren Vorhaben geplant seien.

Eine Frage des Vorsitzenden beantwortet St Maurus dahin, den Staatskirchenvertrag müsse man in Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche an aktuelle Entwicklungen in dem Sinne anpassen, wie man es jüngst mit der Katholischen Kirche erreicht habe.

Abg. Heinold bittet darum, bei der Landeszentrale für politische Bildung die Stellenentwicklung und Höhe der Personalkosten näher zu erläutern.

Der Vorsitzende regt an, in § 28 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes - Programm „Kulturelles Erbe“ - einen Parlamentsvorbehalt einzubauen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes bekräftigt St Maurus die Haltung der Landesregierung, die Forderung des Büchereivereins nach Dynamisierung der Zuschüsse an die Büchereien, die in den letzten Jahren erhebliche Einsparungen geleistet hätten, zu unterstützen. Dieses Thema sei ebenso Gegenstand der Gespräche mit den Kommunen über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, die noch

nicht abgeschlossen seien, wie der Komplex Theaterfinanzierung. Die Gespräche mit den Kommunen würden am 4. November 2008 auf Leitungsebene unter Beteiligung mehrerer Ressorts geführt.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

gez. Ole Schmidt

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer